

Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift
Band: 22 (1918)

Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Illustrierte Rundschau



Partie bei Peccia im Maggiatal. Phot. J. Gaberell, Thalwil.

Politische Uebersicht.

Zürich, den 6. Mai 1918.

Vor einem Monat ist an dieser Stelle die schwierige Lage Hollands geschildert worden, das auf der einen Seite durch die Entente mehr oder weniger gewaltsam seines Schiffsraums beraubt, auf der andern von Deutschland mit Forderungen bedrängt wurde, die seine Souveränität und Neutralität aufs engste berühren. Man scheint nun dort zu einem Einvernehmen gekommen zu sein, das die deutschen Forderungen erfüllen soll. Jetzt aber ist die Schweiz in Behandlung, und was ihrer wartet, das wird in unserer Presse zum Teil in den schwärzesten Farben geschildert. Zunächst war es die Getreidezufuhr aus Amerika, die uns die größte Sorge bereitete und die nach der noch immer nicht aufgeklärten Versenkung des „Sardinero“ zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß gab. Es wirkte wie

eine Erlösung, als hierauf von Deutschland die willkommene Kunde kam, man werde fortan Schiffe mit Schweizergetreide, und zwar sogar feindliche Schiffe, ungehindert passieren lassen, wenn sie das Schweizerwappen aufgemalt hätten und am Mast neben der eigenen auch die Schweizerflagge führten. Dank und Freude äußerten sich in lebhaften Worten. Leider kam bald hintendrein ein hintender Bote in Gestalt verschiedener Wolff-Telegramme, die diese Zugeständnisse beinahe wieder annullierten; im ersten Telegramm wurde gemeldet, daß die neue Zusicherung Deutschlands erst im Lauf von drei Monaten allen U-Boot-Kommandanten gemeldet werden könne und daß für so lange keinerlei Garantien gegeben werden für die Sicherheit der Schweizerschiffe; im zweiten hieß es, die Zusicherungen Deutschlands seien an die Bedingung ge-

knüpft, daß die Schweiz sich vorher alle Garantien verschaffe von Seiten der Ententestaaten gegen jeden Mißbrauch von Schweizerflagge und Schweizerwappen für Kriegskonterbande; endlich wurde noch gemeldet, es bilde das Schiffahrtsabkommen einen integrierenden Bestandteil des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens und stehe und falle mit diesem. Dieses Wirtschaftsabkommen aber, das am 1. Mai hätte erneuert werden sollen und für dessen Abschluß noch eine letzte Frist bis zum 15. Mai einge-räumt ist, stellt unser Land vor die aller-ernsteste wirtschaftliche und politische Gefahr. In erster Linie verlangt Deutschland eine Verdopplung des bisherigen Kohlenpreises, nämlich 180 statt 90 Franken pro 1000 Kg., was an und für sich schon eine schwere Bedrohung der Konkurrenzfähigkeit für manche Industrie darstellt; sodann wird eine viel ausgedehntere Kontrollorganisation nach dem Muster der S. S. S. verlangt; über diese hinausgehend hätte aber die deutsche S. S. S. auch Produkte zu kontrollieren, die ausschließlich im Inland Verwendung finden, eine Maßregel, von der also ausschließlich die Schweiz betroffen und die Entente gar nicht berührt wird. Die Annahme der deutschen Bedingung würde die Entlassung von vielen tausend Arbeitern und damit eine schwere Gefährdung unserer innern Lage mit sich bringen, die voraussichtlich durch Repressalien von der andern Seite noch prekärer sich gestalten würde. Eine dritte Forderung Deutschlands geht dahin, daß die bisher fabrizierten schweizerischen Exportartikel, die auf der neuen Sperrliste stehen, künftig vom Export ausgeschlossen sein sollen, wiederum eine

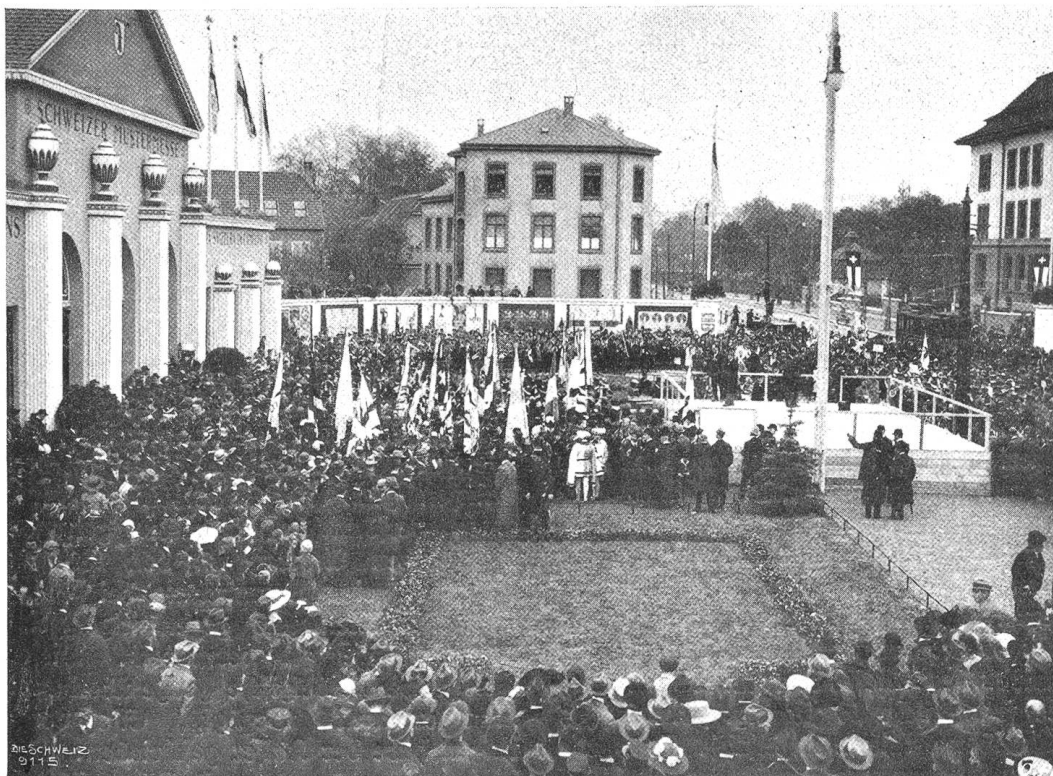
Bestimmung, die nach der Ansicht industrieller Kreise „geradezu katastrophal“ wirken müßte. Ein viertes Postulat der deutschen Unterhändler stellt schweizerisches Holz, Kohlen, Torf und Eisen den deutschen Lieferungen dieser Waren gleich, in dem Sinne, daß auch die mit solchen einheimischen Brennstoffen hergestellten Artikel nicht nach den Ententeländern ausgeführt werden sollen. Die schwerste Forderung verlangt, daß die über Cette hereinkommenden Waren, weil sie von der deutschen Blockade befreit sind, ebenfalls den deutschen Ausfuhrverpflichtungen unterworfen, also gewissermaßen als deutsche Lieferungen betrachtet und behandelt werden sollen. Die sofortige Folge einer solchen Konzession von Seiten der Schweiz wäre, daß die Gegenseite überhaupt keine Waren mehr über Cette hereinkommen lassen würde. Die am 3. Mai in Zürich abgehaltene Generalversammlung der schweizerischen Maschinenindustriellen hat die Ansicht geäußert, daß ein Unterbruch der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland außerordentlich zu bedauern wäre, daß aber die Folgen einer Annahme der deutschen Forderungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht nach innen und außen das noch größere Uebel bedeuten würden. Die Arbeitgeber, die für die Existenz von Zehntausenden von Angestellten und Arbeitern verantwortlich sind, würden es nie verantworten können, dem Abschluß eines Abkommens beizustimmen, das katastrophale Wirkungen auf unsere wirtschaftliche Fortexistenz ausüben müßte. Das ist die heutige Stimmung in unserer schweizerischen Industrie.

Der europäische Krieg. Es ist bezeichnend für die Trostlosigkeit der Friedensaussichten, daß auch heute noch Angaben aus dem gegnerischen Lager, man habe Friedensunterhandlungen anknüpfen wollen, beinahe als Ehrverletzung angesehen und damit erwidert werden, daß vielmehr der Gegner es gewesen sei, der solche — natürlich vergebliche — Versuche unternommen habe. In besonderer Maße konnte die europäische Öffentlichkeit diese Wahrnehmung machen bei einer

gereizten Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Frankreich über die Urhebererschaft einer sog. „Friedensoffensive“. Die Diskussion wurde eröffnet von dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, Graf Czernin, der am 2. April einer Abordnung des Wiener Gemeinderates gegenüber erklärte, der französische Ministerpräsident Clemenceau habe an ihn vor Beginn der Westoffensive eine Anfrage betr. Friedensverhandlungen gerichtet; die Aktion sei jedoch an der

elsaß-lothringischen Frage geschietert. Deshalb seien die Zentralmächte zur großen Offensive im Westen übergegangen, um Frankreich und Italien zur Aufgabe ihrer territorialen Aspirationen zu zwingen. Oesterreich-Ungarn werde Deutschland jetzt ebensowenig preisgeben wie beim Ringen im Osten. Die Rede Czernins erregte überall das größte Aufsehen. In Berlin erklärte man, Clemenceau habe mit seinem Fühler beabsichtigt, einen Keil zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu treiben. Clemenceau selbst gab auf die Enthüllungen Czernins nur die grobe Antwort: „Czernin hat gelogen.“ Die Pariser politischen Kreise erblickten in der Behauptung Czernins ein zweideutiges Manöver, um Clemenceau zu stürzen und unter den Alliierten Unstimmigkeiten herbeizuführen. Gegenüber dem ihm gemachten Vorhalt der Lüge erließ Graf Czernin eine amtliche Mitteilung über die von ihm behaupteten Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn. Sie seien in der Schweiz (Freiburg) im Februar d. J. geführt worden, und zwar auf österreichischer Seite vom Legationsrat Graf Rever-

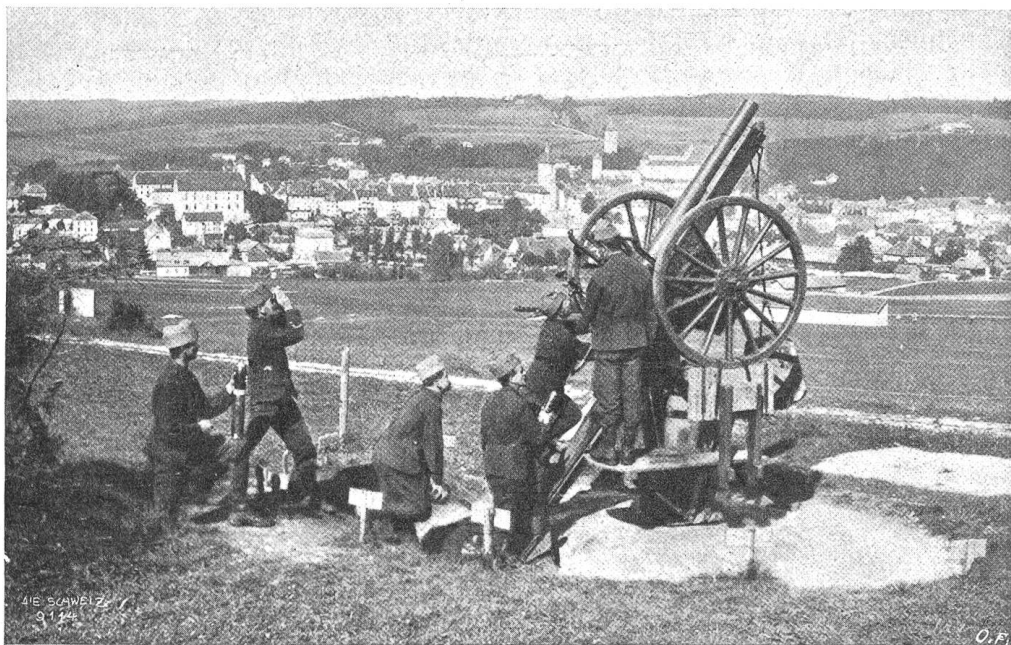
tera, auf französischer Seite vom Grafen Armand, der dem Pariser Kriegsministerium zugeteilt sei. Der Abbruch der Besprechungen erfolgte in den letzten Februartagen. Clemenceau replizierte, daß er die Pourparlers zwischen Revertera und Armand in der Schweiz schon bei der Uebnahme der Regierung vorfand und daß er sie nicht abbrechen ließ, um sich eine nützliche Informationsquelle zu erhalten. Frankreichs Vertreter hatte die Instruktion, sich auf die Entgegennahme der österreichischen Vorschläge zu beschränken. Durch eine eigenhändige Note Reverteras werde bewiesen, daß Oesterreich-Ungarn schon im August 1917 die Initiative zu diesen Besprechungen ergriffen habe, um von Frankreich an die Adresse Oesterreichs Vorschläge zu erhalten, die nach Berlin geleitet werden sollten. Niemals sei jedoch Frankreich der Initiant dieser Besprechungen gewesen. Hierauf schob Czernin in einer weiteren Erklärung die Initiative für die Friedensunterhandlungen dem gewesenen französischen Ministerpräsidenten Ribot zu. Nun rückte Clemenceau mit einem „Hauptschlag“ heraus: er behauptete in einem



Die II. Schweiz. Mustermesse in Basel (15.—30. April 1918). Der Empfang der Welschen vor dem Meßgebäude.
Phot. Th. Hoffmann, Basel.

offiziellen Communiqué, daß Kaiser Karl selbst in einem Schreiben im März 1917 seine Zustimmung zu den gerechten Ansprüchen Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens eigenhändig kontrafigniert habe. In einem zweiten kaiserlichen Schreiben wurde dann festgestellt, daß der Kaiser mit seinem Minister einig gehe. Kaiser Karl, derart vor seinen Verbündeten bloßgestellt, richtete am 10. April an den deutschen Kaiser ein Telegramm, in dem er die Behauptung Clemenceaus, als habe er gerechte Rückforderungsansprüche Frank-

1917 in der Urschrift dem Präsidenten Poincaré überreicht. Kaiser Karl sichert darin zu, daß er mit allen Mitteln und unter Aufbietung all seines persönlichen Einflusses bei seinen Verbündeten „die gerechten französischen Ansprüche“ hinsichtlich Elsaß-Lothringens unterstützen werde. Weiter stellt der Kaiser die vollständige Wiederherstellung der Souveränität Belgiens und Serbiens in Aussicht. Prinz Sixtus wird in dem Schreiben angewiesen, zuerst die Meinung Frankreichs und dann die Englands zu sondieren, um auf diesem Wege die Grundlagen für



Fliegerabwehr in Pruntrut: Montiertes Feldgeschütz auf einer Drehscheibe. Im Hintergrund Pruntrut.
Phot. J. Güthy, Pruntrut.

reichs auf Elsaß-Lothringen anerkannt, als erlogen entschieden zurückwies und ihn der vollständigen Solidarität Oesterreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche versicherte. Kaiser Wilhelm dankte und versicherte, daß er in keinem Augenblick über die vollständige Bundestreue seines Verbündeten im Zweifel gewesen sei. Es sei jetzt die Pflicht beider Monarchen, auf allen Kriegsschauplätzen rücksichtslos anzugreifen und zu schlagen. Das Nächste war die Veröffentlichung des Wortlauts des Briefes von Kaiser Karl durch die französische Regierung. Ein solches Schreiben existierte tatsächlich. Es wurde seiner Bestimmung gemäß am 31. März

den Beginn offizieller Besprechungen zu schaffen. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärte den von Frankreich veröffentlichten Wortlaut dieses Briefes, dessen Existenz nicht bestritten wurde, als „verfälscht“. Das vom Kaiser an den Prinzen gerichtete Schreiben habe nur einen persönlichen Charakter getragen und keinen Auftrag an den Prinzen enthalten, eine Vermittlung bei Poincaré einzuleiten und gegenseitige Friedensvorschläge zu vermitteln. Dieser Brief habe die belgische Frage überhaupt nicht erwähnt. Bezüglich Elsaß-Lothringen habe der Kaiser geschrieben: „Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß



Zum Frieden der Zentralmächte mit Rumänien: Constanza, Hafenstadt in der Dobrudscha am Schwarzen Meer.

zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären. Sie sind es jedoch nicht.“ So stand nun Behauptung gegen Behauptung. Während Frankreich die Richtigkeit des Wortlautes weiterhin konstatierte, beharrte das Wiener Auswärtige Amt auf seiner Erklärung vom 13. April und lehnte es ab, den Prinzen Sixtus oder irgendeine andere spezielle Persönlichkeit der Fälschung beschuldigt zu haben. Da man in Wien nicht feststellen könne, wo die Unterschreibung des falschen Briefes erfolgt ist, werde von dieser Seite die Angelegenheit als beendet erklärt. Kaiser Karl erklärte in einem Telegramm an Kaiser Wilhelm, daß er nicht gesonnen sei, mit Frankreich über die Angelegenheit ferner zu diskutieren. Die weitere Ant-

wort seien die österreichisch-ungarischen Kanonen an der Westfront. Als eine Folge dieser unerquicklichen Auseinandersetzungen ist der Rücktritt des Grafen Czernin zu betrachten, der durch den Baron Burian ersetzt wurde. Man glaubte, Czernin habe demissioniert, weil der Kaiser ohne sein Vorwissen Unterhandlungen mit dem Feind angeknüpft habe, allein in einer späteren Erklärung bestritt Czernin diese Behauptung und erklärte, selbst die betreffenden Verhandlungen geführt zu haben.

Inzwischen nahm die große deutsche Offensive an der Westfront ihren blutigen Gang. Bis zu dieser Stunde ist es den Streitkräften der Entente, die am 1. April unter das einheitliche Kommando des französischen Generalissimus Foch gestellt wurden, gelungen, den deutschen



Schutzeinrichtung (gegen die Beschädigung) an Kunstwerken in den Tuilerien von Paris.

Durchbruch zu verhindern, aber ihre Lage ist sehr ernst. Der englische Premier Lloyd George bezeichnete selbst im Unterhaus die Situation im Westen als die kritischste Periode für die Entente. Gegenwärtig sei zwar die Lage stabilisiert. Da jedoch Deutschland seine Angriffe bis zur Entscheidung fortführen wolle, müsse England seine ganze Kraft aufbieten, um nicht zu unterliegen, deshalb verlange die Regierung die Ausdehnung des Dienstalters bis zum 50., in besondern Fällen bis zum 55. Lebensalter und die Einführung des obligatorischen Militärdienstes in Irland. In Irland solle ohne Verzug eine autonome Regierung eingesetzt werden. Gleichzeitig richtete Lloyd George einen dringenden Appell an die britischen Kolonien und Dominions, in kürzester Frist reichliche Verstärkungen nach Frankreich zu senden. Wilson ordnete die Beschleunigung der amerikanischen Truppentransporte nach Europa an. Aus den einzelnen Aktionen der großen Offensiv ist besonders hervorzuheben der Fall von Armenières am 12. April, wo die englische Besatzung von 3000 Mann nach tapferer Wehr kapitulierte, und die Eroberung der wichtigen strategischen Stellung des Kemmelberges bei Ypern, wobei die Deutschen 6500 Gefangene machten. Die Alliierten wurden zum Rückzug im Ypernbogen genötigt. Die infolge dieser schwierigen Lage im Felde vom englischen Parlament beschlossene Ausdehnung der obligatorischen Wehrpflicht auf Irland hat dort eine heftige Gegenbewegung ausgelöst, und man macht sich auf neue ernsthafte Ruhestörungen gefaßt. Besänftigend

mag aber immerhin wirken, daß Amerika, das bis jetzt die Iren gegenüber England sehr nachdrücklich in Schutz nahm und für sie die Homerule forderte, nun auch von den Iren die Erfüllung ihrer nationalen Pflicht verlangt. Man ist sich in amerikanischen verantwortlichen Kreisen des Ernstes der europäischen Krisis vollständig bewußt.

In Rußland nehmen die deutschen Eroberungen immer größere Ausdehnung an. Am 13. April hat ein vereinigter Landrat von Estland, Livland, Riga und Desel einstimmig beschlossen, den deutschen Kaiser zu ersuchen, aus den genannten Gebieten einen monarchisch-konstitutionellen Staat zu bilden und durch Personalunion mit der Krone Preußens an das Deutsche Reich anzuschließen. Der Landrat setzte sich zusammen aus 34 Deutschen und 24 Esten bezw. Letten. Kaiser Wilhelm sagte eine wohlwollende Prüfung dieses Wunsches zu. Am 15. April sind die Deutschen in der finnischen Hauptstadt Helsingfors



Paul Dutasta, der kürzlich ernannte Gesandte Frankreichs in Bern. Phot. Fr. Fuß, Bern.

eingezogen. In der Ukraine ist zwischen dem deutschen Oberkommando und der ukrainischen Regierung ein schwerer Konflikt wegen der wirtschaftlichen Fragen ausgebrochen. Wolff meldet amtlich, daß sich die ukrainische Regierung zu schwach erwiesen habe, um die Rechtsicherheit in Kiew zu schützen. Feldmarschall von Eichhorn setzte Militärgerichte ein und ließ den ukrainischen Kriegsminister, die Frau des Innenministers und mehrere höhere Ministerialbeamte verhaften. Deutsche Truppen durchzogen die Krim und besetzten kampflos Sebastopol.

Totentafel von April und Mai f. nächste Nummer.



Phot. Fréd. Boissonnas, Genf.

Fréd. Holder.

